

**Eigenbetrieb
„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“
Lange Straße 38
06366 Köthen (Anhalt)**

Geschäftsjahr 2019

Bericht

über
die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2019
und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2019

erstattet von
Dipl.-Ök. Sylvia Hoffmann
Wirtschaftsprüferin
Gesellschafterin der Partnerschaft
DLP Dernehl, Lamprecht & Partner mbB
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
Dessau-Roßlau / Bergisch Gladbach / Leipzig / Köthen (Anhalt)

Inhaltsverzeichnis	Seite
Anlagenverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	4
A. Prüfungsauftrag	5
B. Grundsätzliche Feststellungen	7
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung	7
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	9
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
2. Jahresabschluss	12
3. Lagebericht	13
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	14
3. Änderungen in den Bewertungsgrundlagen.....	15
4. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen.....	16
5. Aufgliederungen und Erläuterungen	16
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
1. Vermögenslage (Bilanz)	17
2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	21
3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	23
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	25
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	25
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	26

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2019
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2019
Anlage 3	Anhang für das Wirtschaftsjahr 2019
Anlage 4	Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019
Anlage 5	Bestätigungsvermerk
Anlage 6	Rechtliche Verhältnisse
Anlage 7	Steuerliche Verhältnisse
Anlage 8	Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
Anlage 9	Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG für das Wirtschaftsjahr 2019

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Abkürzungsverzeichnis

BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
DATEV	Datenverarbeitung und Dienstleistung für den steuerberatenden Beruf eG, Nürnberg
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinie
FördG	Fördergebietsgesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HR	Handelsregister
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS 400	IDW Prüfungsstandard: „Bildung eines Prüfungsurteils und Erteilung eines Bestätigungsvermerks“
IDW PS 450	IDW Prüfungsstandard: „Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstat- tung bei Abschlussprüfungen“
IDW PH 9.450.1	IDW Prüfungshinweis: „Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen“
IKS	Internes Kontrollsystem
JA	Jahresabschluss
LB	Lagebericht
PBV	Pflegebuchführungsverordnung
PH	Prüfungshinweis des IDW
PS	Prüfungsstandards des IDW
SGB	Sozialgesetzbuch
T€	Tausend Euro
UR-Nr.	Urkundenrollen-Nummer

A. Prüfungsauftrag

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köthen (Anhalt) beauftragte mich (Sylvia Hoffmann) als Wirtschaftsprüferin und Mitglied der DLP Dernehl, Lamprecht & Partner mbB, den **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019** unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den **Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019** des

Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

– im Folgenden auch kurz „Pflegeheim“ oder „Eigenbetrieb“ genannt –

nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Unter Beachtung der Eigenverantwortung als Wirtschaftsprüfer erfolgte die Prüfung als Teamarbeit, so dass als Ausdruck der gemeinsamen Bewältigung der gestellten Aufgabe im Folgenden von „wir“ die Rede sein wird, soweit es nicht konkret auf die Einzelverantwortlichkeit ankommt, wie etwa bei der Unterzeichnung des Berichts und des Bestätigungsvermerks.

Der Prüfungsauftrag des Rechnungsprüfungsamts der Stadt Köthen (Anhalt) ist datiert vom 18. Februar 2020. Dem lag der Vorschlag des Heimausschusses vom 14. November 2019 zugrunde.

Der Eigenbetrieb ist auf der Grundlage der Regelungen des § 142 Abs. 1 Kommunalrechtsreformgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie des § 131 Gemeindeordnung LSA in Verbindung mit § 19 Abs. 3 des Eigenbetriebsgesetzes **prüfungspflichtig**.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** zu beachten.

Auftragsgemäß haben wir den Prüfungsbericht um einen **besonderen Erläuterungsteil** erweitert, der diesem Bericht als **Anlage 8** beigelegt ist.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 und IDW PH 9.450.1) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg eine Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags, d.h. die Prüfung nach § 53 HGrG, sind in der **Anlage 9** dargelegt.

Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Dem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (**Anlage 1**), der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 2**) und dem Anhang (**Anlage 3**) sowie den geprüften Lagebericht (**Anlage 4**) beigelegt.

Der Bestätigungsvermerk ist in **Anlage 5** enthalten.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den **Anlagen 6 und 7** tabellarisch dargestellt.

Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich aus **Anlage 8**.

Für die Durchführung des Auftrags und die diesbezügliche Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, sind die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigelegten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017“ maßgebend.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Gesellschaft und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

B. Grundsätzliche Feststellungen**Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung**

Die Heimleitung hat im Lagebericht (**Anlage 4**) und im Jahresabschluss (**Anlagen 1 bis 3**), insbesondere im Anhang die **wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes** beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nimmt der Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Heimleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebes unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer **eigenen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes** ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

- Das „Städtische Pflegeheim Am Lutzepark“ verfügte im Geschäftsjahr 2019 über insgesamt 80 anerkannte Pflegeplätze. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung betrug 99,37 % (Vorjahr 99,95 %).
- Eine Kreditlinie und offene Rechnungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.
- Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in der dritten Verhandlungsrunde am 18. April 2018 eine Einigung erzielt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. August 2020. Es kann davon ausgegangen werden, dass ab dem 1. September 2020 ein neuer Tarifvertrag verhandelt wird. Es ist eine Steigerung der Tariflöhne von 3 % zu erwarten.
- Investitionskosten zur gesonderten Inrechnungstellung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen nach § 82 Abs. 3 SGB XI wurden zum 1. März 2019 neu vereinbart.

Investitionskosten alt bis 28. Februar 2019:	€ 4,16 pro Pflege-tag
Investitionskosten neu ab 1. März 2019:	€ 4,08 pro Pflege-tag
- Nach § 84 Abs. 2 SGB XI ist es für Einrichtungen nun möglich ein Unternehmerrisiko mit zu kalkulieren, um Personalausfälle oder Belegungsausfälle entgegenzuwirken. Dieses Risiko kann mit den Pflegekassen nicht pauschal verhandelt werden. Pflegesatzverhandlungen werden mit der Pflegekasse mit einer 96 %igen Auslastung geführt, so dass es fast unmöglich ist, ein Unternehmerrisiko zu verhandeln.

- Im Wirtschaftsplan 2019 war geplant, dass die Pflegebadewannen erneuert werden. Nach Einholung von Angeboten stellte sich heraus, dass eine Pflegebadewanne mit Hebelifter € 18.882,92 kosten sollte. Nach Bekanntgabe der Lieferzeit war es nicht mehr möglich, eine Pflegebadewanne im Jahr 2019 anzuschaffen. Diese Anschaffung wird 2020 ersichtlich sein.
- Ein weiteres Risiko eines positiven Gewinnergebnisses für 2020 stellt die Pandemie von Covid 19 dar. Diese Pandemie stellt die Einrichtung seit März 2020 vor großen Herausforderungen. Die Kosten im pflegerischen Bedarf für Schutzausrüstungen der Mitarbeiter werden steigen. Die Vorhaltung von Quarantänezimmern führt zu Mindereinnahmen der Einrichtung. Die Preisentwicklung von Lebensmitteln ist nicht vorherzusagen.
- Um den geringeren Pflegegraden entgegenzuwirken, plant die Einrichtung weiterhin eine Leistungserweiterung von pflegerischen außerklinischen Intensivbetten sowie eine Erhöhung der Einzelzimmerquote auf 80 %.
- Es kann noch davon ausgegangen werden, dass das verhandelte Budget bei 96 %iger Auslastung und entsprechender Zuordnung der Bewohner in den Pflegegraden ausreichend ist.

Die oben angeführten Hervorhebungen werden unten in Abschnitt D. III. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Heimleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

Aufgrund der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und der von uns stichprobenweise vorgenommenen Prüfungshandlungen lassen sich keine Erkenntnisse ableiten, die eine von der Heimleitung abweichende Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes rechtfertigen würden.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 (**Anlagen 1 bis 3**) und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019 (**Anlage 4**) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung.

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

Durch das Rechnungsprüfungsamt wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) **erweitert**.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Heimleitung des Eigenbetriebes ist für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Heimleitung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die **Prüfungsarbeiten** haben wir mit zeitlichen Unterbrechungen in der Zeit vom 7. Mai 2020 bis 6. Juli 2020 in den Geschäftsräumen des Eigenbetriebes vorgenommen. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 13. Mai 2019 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2018**.

Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege und das Akten- und Schriftgut des Eigenbetriebes.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Heimleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Heimleitung in der berufsüblichen **Vollständigkeits-erklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres sind im Lagebericht dargestellt. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei **Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des Eigenbetriebes oder die Wirksamkeit der Heimleitung zugesichert werden kann.

Der Prüfung lag eine **Planung** der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Eigenbetriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Strategie des Eigenbetriebes und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Heimleitung und Mitarbeitern des Eigenbetriebes bekannt.

Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende **Prüfungsschwerpunkte**:

- Entwicklung des Anlagevermögens und des Sonderpostens
- Umsatzrealisation, insbesondere Vollständigkeit und Abgrenzung
- Vollständigkeit der Rückstellungen
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren **Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in entsprechender Auswahl durchgeführt. Die Auswahl erfolgte derart, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung trägt und es ermöglicht, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die **Organisation der Buchführung** und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der **Kontenplan** entspricht den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmenplan der Pflege-Buchführungsverordnung vom 22. November 1995, zuletzt geändert am 21. Dezember 2016, und ist den Bedürfnissen des Eigenbetriebes angepasst. Das **Belegwesen** ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Wirtschaftsjahrs ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den **weiteren geprüften Unterlagen** entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze; und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der **Bilanz (Anlage 1)** erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB unter Berücksichtigung der Anlage 2 zu § 15 EigBG. Die **Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2)** wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB und der Anlage 3 zu § 18 EigBG aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von dem Eigenbetrieb aufgestellten **Anhang (Anlage 3)** sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2019 (**Anlage 4**) hat ergeben, dass der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Im Ergebnis der Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, ist festzustellen, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit/going concern lt. § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB.

Die Bewertungsmethoden entsprechen den handelsrechtlichen Vorschriften.

Die Ausweisgrundsätze wurden gegenüber der Eröffnungsbilanz beibehalten. Die Zahlen der Eröffnungsbilanz wurden als Vorjahreszahlen angegeben.

Die Anschaffungskosten der in dem Berichtsjahr erworbenen Sachanlagegegenstände sind hinreichend belegt und buchmäßig aufgezeichnet.

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2019 ist im Einzelnen aus der hausinternen EDV-geführten Anlagenbuchhaltung ersichtlich.

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zeitanteilig nach der linearen Methode pro rata temporis planmäßig ermittelt.

Geringwertige Anlagegüter bis € 800,00 werden sofort abgeschrieben.

Soweit das Anlagevermögen mit öffentlichen Zuschüssen finanziert wurde, wurde spiegelbildlich zum Anlagevermögen ein Sonderposten für Investitionszuschüsse gebildet. Mit der Auflösung dieses Sonderpostens werden die jährlichen Abschreibungen ergebnisneutral abgebildet.

Die Bewertung des Umlaufvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Nennwerten. Wertminderungen wurden durch Abschläge angemessen berücksichtigt.

Genau bestimmbare Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag und die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag passiviert, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Abgeltung der jeweiligen Risiken und möglichen Verpflichtungen erforderlich wird.

In dem von dem Eigenbetrieb aufgestellten Anhang sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert.

3. Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

4. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

An dieser Stelle ist auf Maßnahmen einzugehen, die sich auf Ansatz und/oder Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden auswirken, sofern

- sie von der üblichen Gestaltung abweichen, die den Erwartungen der Abschlussadressaten entspricht, und
- sich die Abweichungen von der üblichen Gestaltung auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich auswirkt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Sachverhaltsgestaltung festgestellt, die dazu geeignet ist, die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich zu beeinflussen.

5. Aufgliederungen und Erläuterungen

Die Gliederung der Bilanz erfolgte entsprechend dem Formblatt 2 (Anlage 2 zu § 15 Absatz 1 EigBG).

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach dem Gesamtkostenverfahren. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Formblatt 3 einschließlich des nachrichtlichen Teils (Anlage 3 zu § 18 EigBG) aufgestellt.

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens - Anlagenspiegel - ist im Anhang entsprechend dargestellt.

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung **nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet**, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten – insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten – relativ begrenzt. Rundungsdifferenzen bei Nachkommastellen können auftreten, sind aber zu vernachlässigen.

Die **Anlage 8** enthält über den Anhang (**Anlage 3**) hinaus weitgehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2019 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst.

Zur Darstellung der **Vermögensstruktur** werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der **Kapitalstruktur** werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als 5 Jahre) bzw. mittel- und kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in T€ für die Abschlussstichtage 31. Dezember 2019 und 31. Dezember 2018:

VERMÖGENSSTRUKTUR

	<u>31.12.2019</u>		<u>31.12.2018</u>		<u>Veränderung</u>
	T€	%	T€	%	T€
Langfristig gebundenes Vermögen					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,9	0,0	2,0	0,0	-1,1
Sachanlagen					
- Grundstücke mit Bauten	3.909,6	78,8	4.001,2	81,4	-91,6
- Maschinen und technische Anlagen	21,8	0,4	28,8	0,6	-7,0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	65,3	1,3	60,1	1,2	5,2
	<u>3.997,6</u>	<u>80,5</u>	<u>4.092,1</u>	<u>83,2</u>	<u>-94,5</u>
Mittel-/kurzfristig gebundenes Vermögen					
Umlaufvermögen					
Vorräte	8,3	0,2	8,4	0,2	-0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	128,6	2,6	128,6	2,6	0,0
- sonstige Vermögensgegenstände	2,9	0,1	6,8	0,1	-3,9
- liquide Mittel	809,8	16,3	666,4	13,6	143,4
	<u>949,6</u>	<u>19,2</u>	<u>810,2</u>	<u>16,5</u>	<u>139,4</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>14,5</u>	<u>0,3</u>	<u>13,6</u>	<u>0,3</u>	<u>0,9</u>
Gesamtvermögen	<u>4.961,7</u>	<u>100,0</u>	<u>4.915,9</u>	<u>100,0</u>	<u>45,8</u>

KAPITALSTRUKTUR

	<u>31.12.2019</u>		<u>31.12.2018</u>		Verän- derung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristig verfügbares Kapital					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	951,7	19,2	951,7	19,4	0,0
Gewinnrücklagen	402,4	8,1	311,5	6,3	90,9
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	<u>1.354,1</u>	<u>27,3</u>	<u>1.263,2</u>	<u>25,7</u>	<u>90,9</u>
Sonderposten für Zuschüsse zum Sachanlagevermögen	<u>3.398,9</u>	<u>68,5</u>	<u>3.508,6</u>	<u>71,4</u>	<u>-109,7</u>
	<u>4.753,0</u>	<u>95,8</u>	<u>4.771,8</u>	<u>97,1</u>	<u>-18,8</u>
Mittel-/kurzfristig verfügbares Kapital					
Fremdkapital					
Rückstellungen					
- sonstige Rückstellungen	<u>143,6</u>	<u>2,9</u>	<u>99,7</u>	<u>2,0</u>	<u>43,9</u>
Verbindlichkeiten					
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>28,8</u>	<u>0,6</u>	<u>21,8</u>	<u>0,4</u>	<u>7,0</u>
- sonstige Verbindlichkeiten	<u>29,4</u>	<u>0,6</u>	<u>14,9</u>	<u>0,3</u>	<u>14,5</u>
	<u>58,2</u>	<u>1,2</u>	<u>36,7</u>	<u>0,7</u>	<u>21,5</u>
	<u>201,8</u>	<u>4,1</u>	<u>136,4</u>	<u>2,7</u>	<u>65,4</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>6,9</u>	<u>0,1</u>	<u>7,7</u>	<u>0,2</u>	<u>-0,8</u>
Gesamtkapital	<u>4.961,7</u>	<u>100,0</u>	<u>4.915,9</u>	<u>100,0</u>	<u>45,8</u>

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahresabschluss um T€ 45,8 auf T€ 4.961,7 erhöht. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung des Umlaufvermögens um T€ 139,4 und der Rechnungsabgrenzungsposten um T€ 0,9, denen eine Minderung des Anlagevermögens um T€ 94,5 gegenübersteht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen ist mit 80,5 % im Vergleich zum Vorjahr (83,2 %) leicht gesunken.

Der Buchwert des Anlagevermögens verringerte sich (um T€ 94,5) im Wesentlichen aufgrund der Zugänge in Höhe von T€ 80,6. Dem stehen Abschreibungen in Höhe von T€ 175,2 gegenüber.

Das **mittel- und kurzfristige Vermögen** hat sich um T€ 139,4 auf nunmehr T€ 949,6 erhöht, was im Wesentlichen auf den stichtagsbedingten Anstieg der liquiden Mittel um T€ 143,4 zurückzuführen ist. Dem gegenüber stehen geringere stichtagsbedingte sonstige Vermögensgegenstände (um T€ 3,9) und Vorräte (um T€ 0,1).

Die **bilanzielle Eigenkapitalquote** des Eigenbetriebes beträgt zum Abschlussstichtag 27,3 % des insgesamt leicht gestiegenen Gesamtkapitals.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** stellt den Gegenposten für alle bezuschussten aktivierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens dar. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse minderte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 109,7, da der Auflösung (T€ 109,7) keine Zuführungen aus Investitionszuschüssen gegenüberstanden.

Das **mittel- und kurzfristige Fremdkapital** hat sich um T€ 65,4 erhöht und betrifft im Wesentlichen stichtagsbedingt höhere sonstige Rückstellungen (um T€ 43,9), um T€ 7,0 höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und um T€ 14,5 höhere sonstige Verbindlichkeiten.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** betragen T€ 6,9. Sie resultieren aus vorausgezahlten Heimkosten und Mieten.

2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 21) zur Kapitalflussrechnung erstellt:

	2019	2018
	T€	T€
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	90,9	89,6
2. Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+/- 175,2	144,3
3. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	+/- 43,9	46,5
4. Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (Sonderposten)	+/- -109,6	-109,6
5. Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-/+ 3,1	-33,3
6. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	+/- 20,5	-24,9
7. Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-/+ 0,0	0,0
8. Zinsaufwendungen/Zinserträge	+/- 0,0	0,0
9. Sonstige Beteiligungserträge	- 0,0	0,0
10. Ein-/Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	+/- 0,0	0,0
11. Ertragsteueraufwand/-ertrag	+/- 0,0	0,0
12. Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	+ 0,0	0,0
13. Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	- 0,0	0,0
14. Ertragsteuerzahlungen	-/+ 0,0	0,0
15. Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	= 224,0	112,6
16. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+ 0,0	0,0
17. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- -80,6	-29,3
18. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	+ 0,0	0,0
19. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 0,0	-1,9
20. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	+ 0,0	0,0
21. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 0,0	0,0
22. Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	+ 0,0	0,0
23. Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	- 0,0	0,0
24. Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	+ 0,0	0,0
25. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	- 0,0	0,0
26. Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	+ 0,0	0,0
27. Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	- 0,0	0,0
28. Erhaltene Zinsen	+ 0,0	0,0
29. Erhaltene Dividenden	+ 0,0	0,0
30. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	= -80,6	-31,2

		<u>2019</u>	<u>2018</u>
		T€	T€
31. Einzahlungen aus Zuschüssen und Einlagen des Gesellschafters	+	0,0	0,0
32. Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Minderung Kapitalrücklage)	-	0,0	0,0
33. Einzahlungen aus der Begebung von Anteilen und aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+	0,0	0,0
34. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-	0,0	0,0
35. Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	+	0,0	0,0
36. Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	+	0,0	0,0
37. Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	-	0,0	0,0
38. Gezahlte Zinsen	-	0,0	0,0
39. Gezahlte Dividenden an Gesellschafter	-	0,0	0,0
40. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	=	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
41. zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes		143,4	81,4
42. Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	+/-	0,0	0,0
43. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+	666,4	585,0
44. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	=	<u>809,8</u>	<u>666,4</u>

Wir weisen darauf hin, dass der Finanzmittelfonds eine stichtagsbezogene Betrachtung ist, dem entsprechende Verbindlichkeiten gegenüberstehen.

3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 2**) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2019 und 2018 zeigt folgendes Bild der Ertragslage:

ERGEBNISSTRUKTUR	2019		2018		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	2.140,3	75,5	2.121,0	75,5	19,3
sonstige Umsatzerlöse	696,1	24,5	689,2	24,5	6,9
Gesamtleistung	2.836,4	100,0	2.810,2	100,0	26,2
Materialaufwendungen	-455,2	-16,0	-460,0	-16,4	4,8
Personalaufwand	-2.117,7	-74,7	-2.130,4	-75,8	12,7
Rohertrag	263,5	9,3	219,8	7,8	43,7
sonstige betriebliche Erträge	29,0	1,0	45,7	1,6	-16,7
Auflösung Sonderposten	109,6	3,9	109,6	3,9	0,0
Abschreibungen	-175,3	-6,2	-144,5	-5,1	-30,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-137,8	-4,9	-141,9	-5,0	4,1
Betriebsergebnis	89,0	3,1	88,7	3,2	0,3
Finanzergebnis	+1,9	0,1	+0,9	0,0	1,0
außerordentliches Ergebnis	+0,0	0,0	+0,0	0,0	0,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	90,9	3,2	89,6	3,2	1,3
ergebnisabhängige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	90,9	3,2	89,6	3,2	1,3

Die Umsatzerlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen stiegen um T€ 15,1 auf T€ 1.988,4. Die sonstigen Umsatzerlöse minderten sich um T€ 9,6 auf T€ 859,1, insbesondere aufgrund geringerer Zuweisungen und Zuschüsse aus Lohnfortzahlungserstattungen. Somit erhöhte sich die Gesamtleistung um T€ 5,5 auf T€ 2.847,5.

Die Materialaufwendungen minderten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 4,8.

Der Personalaufwand stieg um T€ 12,7. Zu den Ursachen verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Der Rohertrag verbesserte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 23,0.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen minderten sich um T€ 4,1 im Wesentlichen aufgrund geringerer Aufwendungen für Wasser/Abwasser gegenüber dem Vorjahr.

Das Betriebsergebnis in Höhe von T€ 89,0 erhöhte sich leicht gegenüber dem Vorjahr um T€ 0,3.

Aufgrund des geringen Zinsniveaus beträgt das Finanzergebnis T€ 1,9.

Das Jahresergebnis beträgt somit T€ 90,9.

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

Über das Ergebnis von Erweiterungen des Prüfungsauftrags, die mit dem Auftraggeber vereinbart wurden und sich nicht unmittelbar auf den Jahresabschluss oder Lagebericht beziehen, berichten wir in diesem Berichtsabschnitt.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Eigenbetriebssatzung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir im Einzelnen in der **Anlage 9** dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die Ordnungsmäßigkeitsprüfung der Geschäftsführung betrifft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, der Beschlüsse der Aufsichtsgremien, der Geschäftsführungsbeschränkungen aufgrund der Eigenbetriebssatzung sowie die Einhaltung des Wirtschaftsplans.

Die Wirtschaftlichkeitsprüfung erstreckt sich darauf, ob die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt geführt worden sind in Übereinstimmung mit Gesetz und der Satzung sowie den Beschlüssen des Heimausschusses und des Stadtrats.

Soweit im Rahmen der Durchführung der Jahresprüfung beurteilt werden kann, waren im Berichtsjahr keine ungewöhnlichen, risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäfte zu verzeichnen sowie erkennbare wesentliche Fehldispositionen festzustellen.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 HGrG gab zu Beanstandungen keinen Anlass.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner Prüfung habe ich als verantwortliche Wirtschaftsprüferin folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss des „Städtisches Pflegeheims Am Lutzepark“ – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des „Städtisches Pflegeheims Am Lutzepark“ für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Ich bin von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Heimausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt und den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben.

Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Heimausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidung von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen.

Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können.

Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteile ich die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen.

Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.“

Der vorstehenden Prüfungsbericht wird erstattet in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf der vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor meiner erneuten Stellungnahme, sofern hierbei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Der Prüfungsbericht wird gem. § 321 Abs. 5 HGB sowie § 32 WPO wie folgt unterzeichnet.

Dessau-Roßlau, 6. Juli 2020

Dipl.-Ök. Sylvia Hoffmann
Wirtschaftsprüferin

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2019**AKTIVSEITE**

	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2018</u>
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	<u>936,53</u>	<u>2.015,53</u>
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	3.909.571,20	4.001.212,20
2. Technische Anlagen	21.807,00	28.848,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	65.317,02	60.148,02
	<u>3.996.695,22</u>	<u>4.090.208,22</u>
Anlagevermögen gesamt	<u>3.997.631,75</u>	<u>4.092.223,75</u>
B. Umlaufvermögen		
I. <u>Vorräte</u>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>8.261,52</u>	<u>8.400,21</u>
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	128.559,57	128.605,48
2. sonstige Vermögensgegenstände	2.886,65	6.658,26
	<u>131.446,22</u>	<u>135.263,74</u>
III. Kassenbestand und <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	<u>809.752,66</u>	<u>666.447,61</u>
Umlaufvermögen gesamt	<u>949.460,40</u>	<u>810.111,56</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>14.523,99</u>	<u>13.556,84</u>
Summe Aktivseite	<u>4.961.616,14</u>	<u>4.915.892,15</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2019**PASSIVSEITE**

	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2018</u>
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Kapitalrücklagen	951.747,59	951.747,59
II. Gewinnrücklagen		
1. Verwendete zweckgebundene Rücklagen	56.174,55	56.174,55
2. Betriebsmittelrücklage	346.208,91	255.345,30
III. Bilanzgewinn	0,00	0,00
	<u>1.354.131,05</u>	<u>1.263.267,44</u>
 B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
 Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	<u>3.398.914,71</u>	<u>3.508.557,75</u>
 C. Rückstellungen		
 Sonstige Rückstellungen	<u>143.605,00</u>	<u>99.688,00</u>
 D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.765,63	21.819,84
2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>29.320,18</u>	<u>14.832,02</u>
- davon aus Steuern: € 15.539,73 (Vorjahr: 12.460,64)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00 (Vorjahr: 0,00)		
 Verbindlichkeiten gesamt	<u>58.085,81</u>	<u>36.651,86</u>
 E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>6.879,57</u>	<u>7.727,10</u>
 Summe Passivseite	<u>4.961.616,14</u>	<u>4.915.892,15</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019**

	2019 €	2018 €
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	2.140.324,10	2.121.030,90
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	578.353,96	569.107,23
3. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	117.717,50	120.119,29
4. Sonstige betriebliche Erträge	28.998,82	45.598,58
	2.865.394,38	2.855.856,00
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.719.438,43	1.742.436,01
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung € 67.830,51 (Vorjahr: € 67.465,58)	398.282,03	388.012,58
6. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	123.689,26	132.261,43
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	13.430,79	12.845,81
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	109.938,17	117.011,62
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	208.245,60	197.867,70
7. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	6.017,41	5.871,91
8. Steuern, Abgaben, Versicherung	31.139,08	30.172,96
9. Mieten, Pacht, Leasing	9.790,69	11.221,71
	2.619.971,46	2.637.701,73
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	109.643,04	109.643,04
11. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	175.203,56	144.282,79
b) Abschreibungen auf Forderungen	111,00	233,53
12. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	90.829,53	94.563,24
	156.501,05	129.436,52
13. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.941,74	886,74
14. Jahresüberschuss	90.863,61	89.604,49
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus Betriebsmittlrücklagen	0,00	0,00
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in Betriebsmittlrücklagen	90.863,61	89.604,49
17. Bilanzergebnis	0,00	0,00

Anhang
für das Geschäftsjahr 2019
gemäß §§ 264 und 284 bis 288 HGB

des Eigenbetriebes
„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Anhang
für das Geschäftsjahr 2019
gemäß §§ 264 und 284 bis 288 HGB

Bei den Angaben wurde teilweise von den größenabhängigen Erleichterungen gemäß § 288 HGB Gebrauch gemacht.

A. Angaben der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 ist nach § 4 der Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtungen (Pflege-Buchführungsverordnung - PBV) und nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt worden. Die Gliederungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen unter Beachtung des § 4 Absätze 1 und 5 der PBV und der Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften sowie der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist grundsätzlich mit Anschaffungs-/Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Das Grundstück in der Langen Straße 38 wurde von der Stadt Köthen an das Pflegeheim übertragen, dieses wurde mit dem Wert laut Bodenrichtwertkarte aktiviert.

Die Abschreibungszeiträume für das bewegliche Anlagevermögen entsprechen grundsätzlich den steuerlichen AfA-Tabellen und betragen je nach betrieblicher Nutzungsdauer 2 bis 10 Jahre. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis € 800,00 werden sofort abgeschrieben.

Von der Bewertungsfreiheit des § 6 Abs. 2 EStG wurde in Höhe von 35.076,06 € Gebrauch gemacht.

2. Umlaufvermögen

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wird allen erkennbaren Risiken durch angemessene Abwertung Rechnung getragen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert; davon haben 0,00 € eine Restlaufzeit zwischen einem und fünf Jahren und 131.446,22 € eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Lebensmittel und sonstige Verbrauchsmaterialien wurden per Stichtagsinventur körperlich aufgenommen.

3. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

In den Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens wurden Investitionszuschüsse eingestellt, die für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendet wurden. Sie stellen den Finanzierungsgegenwert zu den unter dem Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwerten jener Anlagegüter dar, die mit den Investitionszuschüssen beschafft wurden. Der Sonderposten wird jährlich ertragswirksam in der Höhe aufgelöst, die dem Betrag der Abschreibungen der mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter entspricht. Damit werden diese Abschreibungen im Jahresabschluss neutralisiert.

4. Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme angesetzt.

Ferner wird keine Rückstellung für Archivierungskosten gebildet, da die Archivierung von der Stadt Köthen übernommen wird und der Einrichtung somit keine Kosten entstehen.

Seit dem Jahr 2018 wird eine Rückstellung für Altersteilzeit gebildet.

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Zahlungsbetrag angesetzt. Alle in der Bilanz zum 31. Dezember 2019 ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Nach § 251 HGB in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 3 PBV und Anlage 1 PBV angabepflichtigen Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten aus Ansprüchen auf Erstattung von Fördermitteln liegen nicht vor.

6. Gewinn- und Verlustrechnung

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Abschreibungen auf Basis historischer Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

B. Erläuterungen zum Jahresabschluss**Verbindlichkeitenspiegel zum 31. Dezember 2019**

(alle Angaben in Euro)

		<u>davon mit einer Restlaufzeit</u>				
		Gesamt- betrag 31.12.2019 €	bis zu 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €	gesicherte Beträge €
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.765,63	28.765,63	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	21.819,84	21.819,84	0,00	0,00	0,00
2.	sonstige Verbindlichkeiten	29.320,18	29.320,18	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	14.832,02	14.832,02	0,00	0,00	0,00
insgesamt		58.085,81	58.085,81	0,00	0,00	0,00
	(Vorjahr)	36.651,86	36.651,86	0,00	0,00	0,00

Zum 31. Dezember 2019 bestehen Verbindlichkeiten aus Steuern oder der sozialen Sicherheit in Höhe von 15.539,73 €.

Entwicklung der Gewinnrücklagen – Betriebsmittelrücklagen

	2019 €	2018 €
Stand am 01.01.	255.345,30	86.076,12
Entnahmen	-255.345,30	-86.076,12
Einstellungen	346.208,91	255.345,30
Stand am 31.12.	346.208,91	255.345,30

C. Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG

Sie betreffen im Wesentlichen Erlöse aus Pflegeleistungen der stationären Altenhilfeeinrichtung.

Erträge aus Unterkunft und Verpflegung

Hierunter sind Erträge aus sogenannten Hotelkosten der Bewohner aller Pflegegrade ausgewiesen.

Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen

Hierunter werden entsprechend den Vorschriften der PBV die Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen in der stationären Altenhilfe ausgewiesen.

Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten

Hierunter sind die Zuschüsse der öffentlichen Hand erfasst.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen Gästeverpflegung, Erstattungen für Inkontinenzmaterial und aus Versicherungsleistungen für Schäden.

Personalaufwand

Der Personalaufwand betrifft die Aufwendungen für das eigene Personal. Der im Jahresdurchschnitt 2019 vorhandene Personalbestand betrug 42,97 Vollkräfte (Vorjahr 42,21 Vollkräfte).

Materialaufwand

Im Materialaufwand sind Aufwendungen für Lebensmittel, medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Sachbedarf, Betreuungsleistungen, Wasser und Abwasser, Energie und Brennstoffe sowie Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf enthalten.

Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Es handelt sich um Aufwendungen für die dezentrale Gehaltsabrechnung.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sind die Auflösungen der Sonderposten in Höhe der jährlichen Abschreibung auf den Zuschuss finanzierten Anteil des Anlagevermögens.

D. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2019 waren durchschnittlich 59 Arbeitnehmer beschäftigt.

Unternehmensorgane

Heimleiterin:

Frau Silvana Rudel

Heimausschuss

Vorsitzende: Frau Stephanie Behrendt
Herr Hartmut Stahl
Frau Corinna Schrader
Herr Rüdiger Buchheim
Frau Kerstin Beutler
Frau Doreen Wilke
Frau Martina Mette
Herr Jens Schneider
Frau Annette Gottschlich

Köthen (Anhalt), 6. Juli 2020

„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Silvana Rudel
Heimleiterin

"Städtisches Pflegeheim Am Lutepark", Köthen (Anhalt)- Eigenbetrieb der Stadt Köthen -Anlagennachweis gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 3 PBV

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ergeben sich aus folgender Aufstellung:

	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN				RESTBUCHWERTE	
	Anfangs- bestand EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Endstand EUR	Anfangs- bestand EUR	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres EUR	Entnahme für Abgänge EUR	Endstand EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 31.12.2018 EUR
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE										
EDV-Programme	27.255,78	0,00	0,00	27.255,78	25.240,25	1.079,00	0,00	26.319,25	936,53	2.015,53
II. SACHANLAGEN										
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte										
mit Betriebsbauten einschließlich der										
Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	6.250.395,45	24.851,01	0,00	6.275.246,46	2.249.183,25	116.492,01	0,00	2.365.675,26	3.909.571,20	4.001.212,20
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	6.250.395,45	24.851,01	0,00	6.275.246,46	2.249.183,25	116.492,01	0,00	2.365.675,26	3.909.571,20	4.001.212,20
2.1. Technische Anlagen	184.838,16	0,00	0,00	184.838,16	155.990,16	7.041,00	0,00	163.031,16	21.807,00	28.848,00
2.2. darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen	184.838,16	0,00	0,00	184.838,16	155.990,16	7.041,00	0,00	163.031,16	21.807,00	28.848,00
3.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	931.472,79	55.761,55	36.879,93	950.354,41	871.324,77	50.591,55	36.878,93	885.037,39	65.317,02	60.148,02
3.2. darunter: in Betriebsbauten, Außenanlagen,										
GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	931.472,79	55.761,55	36.879,93	950.354,41	871.324,77	50.591,55	36.878,93	885.037,39	65.317,02	60.148,02
4. Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	7.366.706,40	80.612,56	36.879,93	7.410.439,03	3.276.498,18	174.124,56	36.878,93	3.413.743,81	3.996.695,22	4.090.208,22
	7.393.962,18	80.612,56	36.879,93	7.437.694,81	3.301.738,43	175.203,56	36.878,93	3.440.063,06	3.997.631,75	4.092.223,75
darunter: Summe der Positionen 1.2., 2.2. und 3.2.	7.366.706,40	80.612,56	36.879,93	7.410.439,03	3.276.498,18	174.124,56	36.878,93	3.413.743,81	3.996.695,22	4.090.208,22

"Städtisches Pflegeheim Am Lutzenpark" Köthen (Anhalt)

- Eigenbetrieb der Stadt Köthen -

Förmernachweis gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 3 PBV

Nachweis der Förderung nach Landesrecht (Förmernachweis)

Die Zusammensetzung und Entwicklung des mit öffentlichen Fördermitteln finanzierten Anlagevermögens ergeben sich aus folgender Aufstellung:

SACHANLAGEN	ENTWICKLUNG DER GEFÖRDERTEN ANSCHAFFUNGSWERTE				ENTWICKLUNG DER GEFÖRDERTEN ABSCHREIBUNGEN				RESTBUCHWERTE	
	Anfangs- bestand EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Endstand EUR	Anfangs- bestand EUR	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres EUR	Entnahme für Abgänge EUR	Endstand EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 31.12.2018 EUR
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.635.348,11			5.635.348,11	2.126.790,36	109.643,04		2.236.433,40	3.398.914,71	3.508.557,75
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	5.635.348,11	0,00	0,00	5.635.348,11	2.126.790,36	109.643,04	0,00	2.236.433,40	3.398.914,71	3.508.557,75
2.1. Technische Anlagen	71.735,35			71.735,35	71.735,35	0,00	0,00	71.735,35	0,00	0,00
2.2. darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen	71.735,35	0,00	0,00	71.735,35	71.735,35	0,00	0,00	71.735,35	0,00	0,00
3.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	590.399,58			590.399,58	590.399,58	0,00		590.399,58	0,00	0,00
3.2. darunter: in Betriebsbauten und Außenanlagen										
GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	590.399,58	0,00	0,00	590.399,58	590.399,58	0,00	0,00	590.399,58	0,00	0,00
	6.297.483,04	0,00	0,00	6.297.483,04	2.788.925,29	109.643,04	0,00	2.898.568,33	3.398.914,71	3.508.557,75
darunter: Summe der Positionen 1.2., 2.2. und 3.2.	6.297.483,04	0,00	0,00	6.297.483,04	2.788.925,29	109.643,04	0,00	2.898.568,33	3.398.914,71	3.508.557,75

**Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2019

des Eigenbetriebes
„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“**

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das „Städtische Pflegeheim Am Lutzepark“ verfügte im Geschäftsjahr 2019 über insgesamt 80 anerkannte Pflegeplätze. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung betrug 99,37 %.

Ertragslage

	EUR
geplante Einnahmen lt. Wirtschaftsplan 2019 / Pflegesatz	2.603.854
geplante Einnahmen lt. Wirtschaftsplan 2019 / Investitionskosten	114.185
geplante Einnahmen zusätzliche Betreuungskräfte	149.712
gesamt:	2.867.751
Einnahmen	
Einnahmen aus Pflegesatz	2.566.757
Einnahmen aus Investitionskosten	117.718
Einnahmen aus zusätzliche Betreuungskräfte	151.921
gesamt:	2.836.396
Differenz:	-31.355

Die geplanten Einnahmen aus dem Wirtschaftsplan 2019 wurden bei den tatsächlichen Einnahmen aus dem Pflegesatz nicht erreicht. Die Unstimmigkeit trat im Bereich des Pflegegrades 4 auf. Hier war auffällig, dass die geplante Bewohneranzahl für das Jahr 2019 nicht erreicht wurde.

Trotz der Differenz schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 90.863,61 € ab. Die Verwendung des Jahresergebnisses 2019 erfolgt vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses durch das zuständige Organ.

Eine Kreditlinie und offene Rechnungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Zum Ende des Wirtschaftsjahres 2019 gab es keine offenen Prozesse. In 2019 fanden insgesamt 3 Heimausschusssitzungen statt.

Im Jahr 2019 wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von 175.203,56 € vorgenommen.

Davon entfielen auf:

- Gebäude, Außenanlagen	116.492,01 €
- immaterielle Vermögensgegenstände	1.079,00 €
- technische Anlagen	7.041,00 €
- Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	50.591,55 €

1. Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie GWG

1.1 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Investitionssumme beläuft sich auf 80.612,56 €. Es entfallen auf:

	EUR
technische Ausstattung in Betriebsbauten	0,00
Einrichtung im med.-pfleger. Bereich	17.670,92
Einrichtung Betriebsbauten	1.223,62
Einrichtung im Wirtschaftsbereich	0,00
Einrichtung im Verwaltungsbereich	1.790,95
geringwertige Anlagegüter und GWG-Sammelposten	35.076,06
bebaute Grundstücke Neubau/Betriebsbauten Neubau	24.851,01
gesamt:	80.612,56

Es wurden zum Beispiel angeschafft:

	EUR
7 Stck. Kunststofffenster	9.722,30
Grundstücksanschluss Schmutz- und Regenwasser	6.303,44
3 Stck. Seniorensitzbänke	5.575,27
Schranksystem Dienstzimmer WB 2	7.569,06
2 Stck. Pflegebetten, 3 Stck. Pflegewagen	8.624,34
Einzelplatz PC-Verwaltung-Buchhaltung	1.790,95
Kommoden, Tische, Stühle, Sessel	28.282,01
Sitzecke Außenanlage	3.250,00

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen jeweils unter Angabe von Anfangsbestand und Entnahmen

A. Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2019 ergibt sich folgendes Eigenkapital

	EUR
I. Gezeichnetes Kapital	0,00
II. Kapitalrücklagen	951.747,59
zweckentsprechend verwendete Rücklagen	56.174,55
Betriebsmittelrücklagen	346.208,91

B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

	EUR
Sonderposten aus öffentlichen Förderungen	
Stand: 01.01.2019	3.508.557,75
Abschreibungen	109.643,04
Stand: 31.12.2019	3.398.914,71

C. Rückstellungen

	EUR
die Rückstellungen zum 01.01.2019 ergaben einen Betrag von	99.688,00
zum 31.12.2019 betragen die Rückstellungen	143.605,00
Zufuhr Urlaub und Personalkosten	65.681,00
sowie Zuführungen in Höhe von	77.924,00

Bei den Rückstellungen sind insbesondere berücksichtigt:

- die Mehrstunden Dezember 2019, die im Januar 2020 gezahlt werden
- die Abschluss- und Prüfgebühren
- die Zuschläge Dezember 2019, die im Januar 2020 gezahlt werden
- das Leistungsentgelt 2019, das im Februar 2020 gezahlt wird
- Personalkosten, die durch Altersteilzeit entstehen
- Instandhaltungen, die noch bis März 2020 laut Angebot aus 2019 durchgeführt werden

Personal- und Sozialbereich

Der im Jahresdurchschnitt 2019 vorhandene Personalbestand, einschließlich geringfügig Beschäftigter und Mitarbeiter/-innen im Freiwilligen Sozialen Jahr, betrug 42,97 Vollzeitkräfte.

Weiterhin waren 2019 6 Stellen für den Bundesfreiwilligendienst zu besetzen, was mit einem unterschiedlichen Erfolg passierte. Sehr junge Bewerber schieden aus, wenn sie eine Ausbildungsstelle erhielten, ältere durch längere Erkrankung.

Der Personalaufwand beträgt 2.117.720,46 €. Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr zeigt nachfolgende Übersicht:

	2019	2018	Veränderung	
	EUR	EUR	EUR	%
Löhne und Gehälter	1.719.438,43	1.742.436,01	22.997,58	1,31
Sozialausgaben	398.282,03	388.012,58	10.269,45	2,65
Gesamtausgaben / Veränderungen	2.117.720,46	2.130.448,59	12.728,13	0,59

Es wurden insgesamt 12.728,13 € weniger als im Vorjahr ausgegeben. Durch die Veränderung der Lohnkosten der Einrichtungsleitung sowie der Pflegedienstleitung verringerten sich die Lohnkosten. Bei der Einrichtungsleitung ergab sich eine niedrigere Stufenlaufzeit aufgrund der Neueinstellung und bei der Pflegedienstleitung durch altersbedingte Rückstellungen. Seit Juli konnte die Einrichtung eine zusätzliche Pflegefachkraft nach §8 SGB XI einstellen. Diese Lohnkosten waren kein Bestand der Pflegesatzverhandlungen, sondern wurden durch den Ausgleichsfond der Pflegekassen refinanziert. Die Sozialausgaben waren durch freiwillige lohnsteuerfreie Aufwendungen, wie Sommerfest und Weihnachtsfeier für Mitarbeiter, leicht gestiegen.

Tarifeinigung vom 18. April 2018

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in der dritten Verhandlungsrunde am 18. April 2018 eine Einigung erzielt.

Die Tarifierhöhung laut Verhandlung war im März 2019 für Pflegekräfte und ab April 2019 für alle anderen Mitarbeiter der Einrichtung gültig. Der Tarifvertrag wird zum 31.08.2020 auslaufen.

Die Tarifierhöhung betrug im März 2019 für Mitarbeiter der Pflege 3,29 % und im April 2019 für alle Mitarbeiter der Einrichtung ebenfalls 3,29 %.

Durch die Gehaltssteigerungen steigen selbstverständlich auch die Zuschläge für Sonntags- und Nachtdienste sowie für Feiertage u. ä. um 3,29 %.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.08.2020. Es kann davon ausgegangen werden, dass ab dem 01.09.2020 ein neuer Tarifvertrag verhandelt wird. Es ist eine Steigerung der Tariflöhne von 3 % zu erwarten.

Pflegesätze ab Januar 2019

Im Informationsbericht für das 3. Quartal 2018 wurden die neuen Pflegesätze für das Jahr 2019 beantragt. Im Februar 2019 sind die Pflegesätze erst vereinbart worden.

Die Heimentgelte ab 1. Januar 2019 einschließlich der Investitionskosten:

Pflegegrad	gesamt je Monat	davon Pflegekasse je Monat	Investitionskosten bis 28.02.2019	Eigenanteil Bewohner
	EUR	EUR	EUR	EUR
2	2.047,64	770,00	126,55	1.404,19
3	2.539,64	1.262,00	126,55	1.404,19
4	3.052,64	1.775,00	126,55	1.404,19
5	3.282,64	2.005,00	126,55	1.404,19

Ab 1. März 2019 – Verringerung der Investitionskosten auf 124,11 €

Pflegegrad	Gesamt je Monat	davon Pflegekasse je Monat	Investitionskosten ab 01.03.2019	Eigenanteil Bewohner
	EUR	EUR	EUR	EUR
2	2.047,64	770,00	124,11	1.401,75
3	2.539,64	1.262,00	124,11	1.401,75
4	3.052,64	1.775,00	124,11	1.401,75
5	3.282,64	2.005,00	124,11	1.401,75

Die Bewohner, die unter die Bestandsschutzregelung der Pflegekassen fallen (Bewohner, die einschließlich bis 31. Dezember 2016 in der Einrichtung gewohnt haben), erhalten im Pflegegrad 2 einen persönlichen Zuschuss in Höhe von 103,94 Euro.

Der Zuschuss bezieht sich nicht auf die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie auf die Investitionskosten.

Pflegesätze ab 1. Januar 2020 ohne Investitionskosten – vereinbart im Dezember 2019

Pflegegrad	derz. monatl. Heimentgelt	Eigenant. Bewohner/alt	davon Pflegekasse je Monat	monatl. Heimentgelt/NEU	monatl. EG Bewohner/Neu
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2	2.047,64	1.277,64	770,00	2.135,48	1.365,55
3	2.539,64	1.277,64	1.262,00	2.627,68	1.365,55
4	3.052,64	1.277,64	1.775,00	3.140,56	1.365,55
5	3.282,64	1.277,64	2.005,00	3.370,54	1.365,55

Die monatliche Erhöhung beträgt 87,91 €.

Investitionskosten zur gesonderten Inrechnungstellung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen nach § 82 Abs. 3 SGB XI wurden zum 1. März 2019 neu vereinbart.

Investitionskosten alt bis 28. Februar 2019: 4,16 € pro Pfl egetag

Investitionskosten neu ab 1. März 2019: 4,08 € pro Pfl egetag = 0,08 € weniger.

Für die Ermittlung des pfl egetäglichen Bedarfs wurde von einer Belegung der Einrichtung mit 80 Plätzen und einem Auslastungsgrad von 99 % ausgegangen, so dass 28.908 Pfl egetage/Jahr bei der Berechnung zur Anwendung kamen.

Auslastung

Zeitraum: Januar - Juni 2019 laut Pfl egestatistik

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Bewohneranzahl	80,13	80,50	80,52	77,47	79,71	80,57
Auslastungsgrad	100,16 %	100,63 %	100,65 %	96,83 %	99,64 %	100,71 %

Zeitraum: Juli - Dezember 2019 laut Pflegestatistik

Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez. gesamt

Bewohneranzahl	78,87	79,19	79,47	79,58	79,27	77,19	79,96
Auslastungsgrad	98,59 %	98,99 %	99,33 %	98,48 %	99,08 %	96,49 %	99,37 %

Gesamtzugänge 2019 47 Bewohner

Auszüge/Sterbefälle 2019 49 Bewohner

Pflegegrade	Zugänge	Sterbefälle / Auszüge
Pflegegrad 2	21	14
Pflegegrad 3	14	10
Pflegegrad 4	9	12
Pflegegrad 5	3	13
Gesamt:	47	49

Bewohner	zwischen	100	und darüber	1
Bewohner	zwischen	90	99	24
Bewohner	zwischen	80	89	33
Bewohner	zwischen	70	79	15
Bewohner	zwischen	60	69	5
Gesamt				78

Stand: 31.12.2019

gestellte Anträge auf Höherstufung: 37			Genehmigt: 24				
Pflegegrad	Bewohner alt	Bewohner neu	Bewohner neu	Bewohner neu	Bewohner Anzahl	Bewohner Anzahl	Bewohner Anzahl
	Anzahl	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	verblieben	abgelehnt	offen per 31.12.
Pflegegrad 2	14	5	3	1	4	1	0
Pflegegrad 3	17	0	6	3	7	1	0
Pflegegrad 4	6	0	0	3	2	0	0
Pflegegrad 5	0	0	0	0	1	0	0
gesamt:	37	5	9	7	14	2	0

Pflegegrade jahresdurchschnittlich: 2018

Wohnbereiche	Pflegegrade				
	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	Summe
Wohnbereich 1	5,24	9,17	7,23	4,88	26,53
Wohnbereich 2	2,42	10,73	12,57	0,98	26,71
Wohnbereich 3	7,00	7,62	8,98	3,11	26,71
Summe	14,67	27,52	28,79	8,97	79,95
Verteilung in %	18,35 %	34,42 %	36,01 %	11,22 %	100,00 %
freie Betten	0,05				

fehlende Erlöse wegen 25 % Kürzung -4.849,31 €

Vergleich zu 2019

Pflegegrade jahresdurchschnittlich: 2019

Wohnbereiche	Pflegegrade				
	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	Summe
Wohnbereich 1	4,47	10,27	6,21	5,07	26,02
Wohnbereich 2	2,95	9,63	13,03	0,97	26,58
Wohnbereich 3	8,23	8,05	7,20	7,20	30,68
Summe	15,66	27,95	26,44	13,24	83,28
Verteilung in %	18,80 %	33,56 %	31,74 %	15,90 %	100,00 %
freie Betten	-3,28				

Den Zuschlag für eingeschränkte Alltagskompetenz erhalten alle Bewohner - wird nicht mehr gesondert aufgeführt.

fehlende Erlöse wegen 25 % Kürzung -8.312,12 €

Qualitätssicherung

Die Prüfung der Einrichtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen erfolgte am 30. Juli 2019. Die Qualität der Leistungen der Einrichtung wurde mit der Note 1,5 bewertet.

	Pflege und medizinische Versorgung	Umgang mit demenzkranken Bewohnern	soziale Betreuung und Alltagsgestaltung	Wohnen, Verpflegung Hauswirtschaft und Hygiene	Gesamtergebnis rechnerisches Gesamtergebnis	Befragung der Bewohner
MDK- Prüfung	2,7 befriedigend	1,0 sehr gut	1,0 sehr gut	1,0 sehr gut	1,8 gut	1,0 sehr gut

Der Transparenzbericht wurde auf der Grundlage der ab dem 1. Januar 2017 gültigen Pflege-transparenzvereinbarung erstellt.

Einrichtungsvergleiche sind nur auf der Grundlage von Berichten mit gleicher Prüfgrundlage und Bewertungssystematik möglich.

Bewertungen auf der Grundlage der bis zum 31. Dezember 2016 gültigen alten Transparenzvereinbarung und Bewertungen auf der Grundlage der seit dem 1. Januar 2017 geltenden neuen Transparenzvereinbarung sind nicht miteinander vergleichbar.

Der Landesdurchschnitt aller geprüften Einrichtungen liegt bisher bei 1,3. Das ist für unser Bundesland Sachsen-Anhalt ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Das Ergebnis in der Pflege und der medizinischen Versorgung war nicht zufriedenstellend. Eine Ursache kann die Doppelbelastung der Pflegekräfte, in Vorbereitung der neuen Qualitätsprüfrichtlinien, sein. Als weiteren Grund sehe ich die Nichtbesetzung einer Führungskraft an, welche aufgrund von Einhaltung der Kündigungsfristen erst im Juli 2019 anfangen konnte und die Einarbeitung zu diesem Zeitpunkt noch stattgefunden hat. Eine weitere Ursache war ein längerer Krankheitsausfall der Pflegedienstleitung.

Es waren Dokumentationsfehler in der Behandlungspflege aufgetreten.

In einer Mitarbeiterversammlung wurde das Ergebnis besprochen und diskutiert. Ein Maßnahmenplan ist mit den Wohnbereichsleitern besprochen, Pflegevisiten den neuen Qualitätsprüfrichtlinien angepasst sowie Kontrollmechanismen eingeführt, so dass hier eine Verbesserung zu erwarten ist.

Aus diesem Grund hat es eine Strukturveränderung gegeben.

Auf den Wohnbereichen sind stellvertretende Wohnbereichsleitungen eingeführt worden. Sie unterstützen die Wohnbereichsleiter in den Aufgaben der Organisation und deren Abläufen. Dabei nehmen diese auch eine Kontrollfunktion wahr.

Die stellvertretenden Leitungskräfte sind in den Entgeltstufen der Pflege angepasst.

Regelmäßig (monatlich) kommen die Mitarbeiter des Qualitätszirkels der Einrichtung zusammen, um Neuerungen oder Verbesserungen einzubringen. Es werden Verfahren und Prozesse durchgesprochen, Auswertungen vorgenommen usw. Die Qualitätshandbücher bilden hierfür die Grundlage.

Erarbeitet und ständig aktualisiert werden:

- Handakte 1 Führungsprozesse
- Handakte 2 Pflegerealisierung/Pflegestandards
- Handakte Hauswirtschaft
- Handakte Hygiene
- Handakte Datenschutz.

Prognosebericht

Das Städtische Pflegeheim als stationäre Einrichtung muss nicht nur ohne Verlust über das Jahr kommen können, es dient ebenso zur Sicherung der Versorgung von Bewohnern sowie der Arbeitsplätze. Einrichtungen sollten auch die Chance auf einen angemessenen Gewinn haben.

Einer der großen Unsicherheitsfaktoren im Rahmen der Umstellung der Pflegestärkungsgesetze ist weiterhin die Ungewissheit in Bezug auf die Entwicklung der Pflegegradstruktur und der Auslastung.

Nach § 84 Abs. 2 SGB XI ist es für Einrichtungen nun möglich ein Unternehmerrisiko mitzukalkulieren, um Personalausfälle oder Belegungsausfälle entgegenzuwirken. Dieses Risiko kann mit den Pflegekassen nicht pauschal verhandelt werden (BSG, Urteil vom 26.09.2019, AZ: B3P1/18R). Pflegesatzverhandlungen werden mit der Pflegekasse mit einer 96-prozentigen Auslastung geführt, so dass es fast unmöglich ist, ein Unternehmerrisiko zu verhandeln.

Im Jahr 2019 ist erkennbar, dass der durchschnittliche Pflegegrad gegenüber 2018 nicht stabil geblieben war. Die geplanten Pflegegrade konnten nicht erreicht werden. Dadurch kommt es zur Veränderung der Bewohnerstruktur mit dementsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Die fehlenden Erlöse wegen 25 % Kürzung durch Krankenhausaufenthalte erhöhten sich zum Jahr 2018.

Der wirtschaftliche Gewinn von 90.863,61 € konnte nur durch sachgerechte Überprüfung der Investitionen und kontrollierte Personalstruktur erreicht werden.

Neue Bewohner, die in die Einrichtung einziehen, besitzen oft einen niedrigeren Pflegegrad, so dass durch ein gut organisiertes Pflegegradmanagement versucht wird, eine Höherstufung der Bewohner durch die Pflegekassen zu erreichen.

Im März und im April 2019 fand eine Tarifierhöhung von 3,29 % statt. Diese wurde in den Pflegesatzverhandlungen von 2018 berücksichtigt.

Eine Pflegefachkraftstelle konnte erst im Juli 2019 wiederbesetzt werden, da dies durch Einhaltung von Kündigungsfristen nicht eher möglich war. Im Juli 2019 ist eine zusätzliche Pflegefachkraft nach dem Pflegepersonalstärkungsgesetz § 8 Abs. 6 SGB XI eingestellt worden.

Diese Mitarbeiterin wird aus dem Ausgleichsfond der Pflegekassen refinanziert.

Im Wirtschaftsplan 2019 war geplant, dass die Pflegebadewannen erneuert werden. Nach Einholung von Angeboten stellte sich heraus, dass eine Pflegebadewanne mit Hebelifter 18.882,92 € kosten sollte. Nach Bekanntgabe der Lieferzeit war es nicht mehr möglich, eine Pflegebadewanne im Jahr 2019 anzuschaffen. Diese Anschaffung wird 2020 ersichtlich sein.

Risiko- und Chancenbericht

Durch die Anwendung des Tarifsystems besteht eine Planungssicherheit des Stellenplanes bis August 2020. In der Tarifverhandlung von 2018 ist eine Steigerung ab März 2018 von 3,19 %, ab April 2019 eine Steigerung von 3,09 % und ab März 2020 eine Steigerung von 1,06 % erzielt worden. Natürlich sind die Personalkosten unserer Einrichtung höher als in den umliegenden Einrichtungen bei denen kein Tarifsystem verwendet wird.

Im Sommer 2020 werden neue Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit der Gewerkschaft Verdi geführt. Bis August 2020 bleibt diesbezüglich eine Planungssicherheit bei den Personalkosten. Ab September 2020 kann nicht vorhergesagt werden, wie sich die Gehälter der Einrichtung entwickeln. Mit der Pflegekasse ist eine Tarifsteigerung von 3,5 % vereinbart worden.

Die Politik plant einen flächendeckenden Tarif für Privateinrichtungen. Durch die Anwendung des Tarifvertrages pflegt die Einrichtung eine Anerkennung des Berufstandes und hat diesbezüglich keine Probleme der Nachbesetzung von Fachkräften.

Ob das Ergebnis von 2019 gehalten werden kann ist fraglich, da Personalkosten nicht vollständig von den Pflegekassen getragen werden.

Bei Erstattungen durch die Pflegekassen sind Höchstgrenzen vorhanden, aber nicht bei den Eigenanteilen, die die Bewohner zahlen. Seit der Umsetzung des dritten Pflegestärkungsgesetzes werden Löhne bis Tarifniveau refinanziert. Umgelegt werden diese Kosten zum Teil auf die Bewohner (Journal Altenheim 7/2018). Daran hat sich auch 2019 nichts geändert.

Am 13. November 2019 wurde von der Initiative Pro Pflegereform in Berlin das zweite Rothgang-Gutachten vorgestellt. In diesem Gutachten stellt Prof. Heinz Rothgang mit seinem Team den Sockel-Spitze-Tausch vor.

Das würde bedeuten, dass Bewohner einen Sockelbetrag von 471 Euro maximal 48 Monate zahlen und alle darüber hinaus gehenden allgemeinen Pflegeleistungen übernimmt die Pflegekasse. Die Behandlungspflege soll dann mit den Krankenkassen abgerechnet werden (Journal Altenheim 12/2019). Es bleibt abzuwarten, wie die Entwicklung hierzu verlaufen wird.

Ein Problem für zusätzliche Kosten im Jahr 2019 waren die Brandschutzklappen in den Bewohnerzimmern, die nicht mehr nach den neuen Gesetzmäßigkeiten gewartet werden konnten. Die Brandschutzklappen konnten nach Erneuerung der Revisionsplatten gewartet werden, so dass alle Brandschutzklappen funktionstüchtig sind.

Ein weiteres Risiko eines positiven Gewinnergebnisses für 2020 stellt die Pandemie von Covid 19 dar. Diese Pandemie stellt die Einrichtung seit März 2020 vor großen Herausforderungen. Die Kosten im pflegerischen Bedarf für Schutzausrüstung der Mitarbeiter werden steigen. Die Vorhaltung von Quarantänezimmern führt zu Mindereinnahmen der Einrichtung.

Die Preisentwicklung von Lebensmitteln ist nicht vorherzusagen.

Ab Januar 2020 wird das Pflegeberufereformgesetz (Beschluss 17.07.2017) umgesetzt. Die Finanzierung der Pflegeausbildung wird neu geregelt. Sie erfolgt einheitlich über Landesfonds und ermöglicht damit bundesweit eine qualitätsgesicherte und wohnortnahe Ausbildung. Durch ein Umlageverfahren werden ausbildende und nicht ausbildende Einrichtungen gleichermaßen zur Finanzierung herangezogen.

Das Umlageverfahren tritt ab dem 01. März 2020 in Kraft und zusätzliche Kosten für die Einrichtung werden diesbezüglich entstehen, die vorher nicht eingeplant werden konnten. Durch die Ausbildungsumlage kommt es zur Erhöhung der Heimkosten.

Ab September 2020 wird die Einrichtung einen Auszubildenden einstellen. Die Ausbildungskosten für den Auszubildenden sollen aus dem Ausgleichsfond beglichen werden, so dass die Heimkosten nicht erhöht werden sollen.

Um den Risiken entgegenzuwirken, müssen vorgesehene Investitionen genau nach Dringlichkeit überprüft werden. Die Personalentwicklung wird überwacht sowie befristete Arbeitsverträge geprüft. Das Pflegegradmanagement ist umgesetzt worden, so dass bei Verschlechterung des pflegerischen Zustandes von Bewohnern zeitnah reagiert werden kann.

Um den geringeren Pflegegraden entgegenzuwirken, plant die Einrichtung weiterhin eine Leistungserweiterung von pflegerischen außerklinischen Intensivbetten sowie eine Erhöhung der Einzelzimmerquote auf 80 Prozent.

Mit der Leistungserweiterung der außerklinischen Intensivpflege werden Bewohner mit höheren Pflegegraden aufgenommen. Die Behandlungspflege wird mit den Krankenkassen nach SGB V vergütet. Damit kann der einrichtungseinheitliche Eigenanteil stabil gehalten werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Gesundheitsministerium werden diesbezüglich noch veröffentlicht.

Mit der Erhöhung der Einzelzimmerquote wird die Lebensqualität der Bewohner verbessert. Im Moment ist die Refinanzierung des Pflegeplatzes so, dass der Anteil der Pflegekassen budgetiert ist und der einrichtungseinheitliche Eigenanteil nicht. Der einrichtungseinheitliche Eigenanteil erhöht sich durch jährliche Anpassungen der Kosten.

Es wird in Zukunft immer schwieriger werden, Angehörigen oder auch Bewohnern zu erklären, dass für ein Einzelzimmer der Eigenanteil genauso hoch ist wie für ein Doppelzimmer. Die Gefahr einer niedrigeren Auslastung ist dann vorhanden und die Wirtschaftlichkeit der Einrichtung gefährdet.

Mit dieser Planung erhoffe ich eine Stabilität des einrichtungseinheitlichen Eigenanteils, eine weiterhin positive Personalentwicklung, da durch eine Leistungserweiterung eine Attraktivität des Pflegeberufes erreicht wird.

Es kann noch davon ausgegangen werden, dass das verhandelte Budget bei 96-prozentiger Auslastung und entsprechender Zuordnung der Bewohner in den Pflegegraden ausreichend ist.

Köthen (Anhalt), 6. Juli 2020

„Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Silvana Rudel
Heimleiterin

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss des „Städtisches Pflegeheims Am Lutzepark“ – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des „Städtisches Pflegeheims Am Lutzepark“ für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Ich bin von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Heimausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt und den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben.

Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Heimausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt i.V.m. den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidung von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen.

Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können.

Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise.

Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteile ich die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen.

Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.

Dessau-Roßlau, 6. Juli 2020

Dipl.-Ök. Sylvia Hoffmann
Wirtschaftsprüferin

Rechtliche Verhältnisse

Name:	Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“
Sitz:	Köthen (Anhalt)
Rechtsform:	Eigenbetrieb der Stadt Köthen (Anhalt)
Eigenbetriebssatzung:	<p>Die Eigenbetriebssatzung im Jahr 2013 datierte vom 9. Oktober 2001.</p> <p>Am 5. März 2014 wurde eine neue Eigenbetriebssatzung beschlossen. Sie trat mit Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köthen (Anhalt) in Kraft.</p> <p>Der Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesondertes Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb) nach den geltenden Gesetzen und Verordnungen, insbesondere der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt, den Bestimmungen des Gesetzes über kommunale Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt. Der Eigenbetrieb „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ ist finanzwirtschaftlich als Sondervermögen der Stadt Köthen (Anhalt) zu verwalten und nachzuweisen.</p>
Gegenstand des Eigenbetriebes:	Gemäß § 1 der Eigenbetriebssatzung ist Gegenstand des Eigenbetriebes die Pflege und Betreuung alter Menschen in einer vollstationären Einrichtung im Sinne des § 71 Abs. 2 Sozialgesetzbuch (SGB), Elftes Buch (XI).
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr

Stammkapital: € 0,00

Organe: Organe des Eigenbetriebes sind:

- Heimleiterin (Betriebsleitung)
- Heimausschuss (Betriebsausschuss)
- Stadtrat.

Heimleiterin: Frau Silvana Rudel

Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt: Bitterfeld-Wolfen

Steuernummer: 116/145/00036

Allgemeines: Mit Freistellungsbescheid vom 15. November 2019 für die Kalenderjahre 2016 bis 2018 bescheinigte das Finanzamt Bitterfeld-Wolfen, dass die Einrichtung von der Körperschaftsteuer nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Körperschaftsteuergesetz und von der Gewerbesteuer nach § 3 Nr. 6 Gewerbesteuergesetz befreit ist, weil sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne §§ 51 ff. Abgabenordnung dient.

**Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2019**

A. Erläuterungen zu den Positionen der Bilanz zum 31. Dezember 2019

A K T I V A

A. Anlagevermögen € 3.997.631,75

(Vorjahr € 4.092.223,75)

I. Immaterielle Vermögensgegenstände € 936,53

(Vorjahr € 2.015,53)

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte
und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten € 936,53
(Vorjahr € 2.015,53)

Entwicklung:

	€
Stand 01.01.2019	2.015,53
Abschreibung	1.079,00
Stand 31.12.2019	<u>936,53</u>

Die Abschreibung erfolgt über 3 Jahre.

II. Sachanlagen € 3.996.695,22

(Vorjahr € 4.090.208,22)

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand			Abschrei-	Stand
	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	bungen	31.12.2019
	€	€	€	€	€
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	4.001.212,20	24.851,01	0,00	116.492,01	3.909.571,20
2. technische Anlagen	28.848,00	0,00	0,00	7.041,00	21.807,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	60.148,02	55.761,55	1,00	50.591,55	65.317,02
	4.090.208,22	80.612,56	1,00	174.124,56	3.996.695,22

Die Zugänge betreffen:

	€	€	Nutzungs- dauer in Jahren
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken			
7 Kunststofffenster 3-fach Wärmeschutz-Isolierverglasung	9.722,30		50
Grundstücksanschluss Schmutzwasser	3.937,17		50
Grundstücksanschluss Regenwasser	2.366,27		50
3 Seniorenbänke	5.575,27		10
Pflasterung Sitzzecke Hochbeet	3.250,00	24.851,01	10

	€	€	Nutzungs- dauer in Jahren
Übertrag		24.851,01	
<u>Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge</u>			
Schranksystem WB 2	7.569,06		10
2 Pflegebetten WB 3	4.519,62		10
3 Pflege- und Orgawagen	4.104,72		5
PC Intel Core i5	1.790,95		3
Wassersäule	1.477,52		5
Raumteiler	1.223,62		10
geringwertige Anlagegüter	<u>35.076,06</u>	55.761,55	5
		<u>80.612,56</u>	

Die Abschreibung erfolgt gemäß der Abschreibungstabelle des Landes Sachsen-Anhalt für kommunale Einrichtungen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungskosten unter € 800,00) werden sofort abgeschrieben.

Die Abgänge resultieren aus der Aussonderung von 2 Pflegebetten.

B. Umlaufvermögen € 949.460,40

(Vorjahr € 810.111,56)

I. Vorräte € 8.261,52

(Vorjahr € 8.400,21)

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe € 8.261,52

(Vorjahr € 8.400,21)

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
Wirtschaftsbedarf	3.485,95	3.480,95
medizinischer, pflegerischer und therapeutischer Sachbedarf	1.577,53	2.282,87
Lebensmittel	2.986,22	2.416,83
Leergut	211,82	219,56
	<u>8.261,52</u>	<u>8.400,21</u>

Die Vorräte wurden zum 31.12.2019 auf der Grundlage der schriftlichen Inventuranweisung körperlich aufgenommen und durch unterschriebene Aufnahmelisten nachgewiesen.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bewertet. Die Bestände sind über die üblichen Eigentumsvorbehalte hinaus weder sicherungshalber übereignet noch in anderer Weise belastet.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände € 131.446,22
(Vorjahr € 135.263,74)

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen € 128.559,57
(Vorjahr € 128.605,48)

- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)

Zusammensetzung:

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
Pflegekassen	30.890,66	32.635,35
Selbstzahler	97.668,91	95.970,13
	<u>128.559,57</u>	<u>128.605,48</u>

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch eine Saldenliste nachgewiesen.

Die Bewertung der Forderungen erfolgte zum Nennwert.

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren die Forderungen im Wesentlichen beglichen.

Ein Wertberichtigungsbedarf besteht nach Auskunft der Heimleitung nicht.

2. sonstige Vermögensgegenstände € 2.886,65
(Vorjahr € 6.658,26)

- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)

Zusammensetzung:

	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2018</u>
	€	€
<u>Köthen Energie</u>		
Guthaben aus Jahresendabrechnung Fernwärme	0,00	2.675,75
<u>REWE Großhandelsgesellschaft mbH, Köthen</u>		
Warenrückvergütung	1.456,04	1.434,25
<u>Arbeitsamt</u>		
Eingliederungszuschuss	676,91	0,00
<u>Abwasserverband Köthen</u>		
Guthaben aus Jahresendabrechnung Abwasser	217,95	830,78
<u>Mitarbeiter</u>		
Überzahlung	97,41	0,00
Darlehen	30,00	0,00
<u>Fa. Wurst-Spezi-GmbH</u>		
Doppelzahlung	278,33	827,97
<u>IWK</u>		
Erstattung Lehrgangskosten 2018	0,00	475,00
<u>Deutsche Telekom</u>		
Guthaben 2018	0,00	382,71
<u>Landkreis Anhalt-Bitterfeld</u>		
Doppelzahlung	0,00	28,20
<u>Zürich Deutsche Herold</u>		
Doppelzahlung	111,00	0,00
<u>Knappschaft</u>		
Guthaben 2019	19,01	0,00
<u>Verwahrgeld</u>		
	0,00	3,60
	<u>2.886,65</u>	<u>6.658,26</u>

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten € 809.752,66
(Vorjahr € 666.447,61)

Zusammensetzung:

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
<u>Kassenbestand</u>		
Hauptkasse	1.103,01	1.034,26
Portokasse	48,95	53,10
Verwahrgelder	2.023,02	1.535,40
	3.174,98	2.622,76
<u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>		
Kontokorrentguthaben:		
Kreissparkasse Köthen,		
Konto-Nr. 302005382	532.388,81	389.638,72
Festgeldguthaben:		
Kreissparkasse Köthen,		
Konto-Nr. 3230026402	114.912,92	114.911,77
Konto-Nr. 3222109094	159.275,95	159.274,36
	274.188,87	274.186,13
	806.577,68	663.824,85
	809.752,66	666.447,61

C. Rechnungsabgrenzungsposten € 14.523,99

(Vorjahr € 13.556,84)

Zusammensetzung:

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
Lehrgangskosten	765,16	2.708,44
Gebäudeversicherung	4.608,56	2.199,46
ProfSys Wartungsvertrag	2.188,12	2.102,44
Werbungen und Anzeigen	2.797,59	1.953,95
Kfz-Versicherungen	1.260,80	1.266,27
Beitrag Rechtsschutzversicherung	1.218,07	1.218,07
Fachliteraturabonement	971,54	1.069,29
Prüfung ortsfeste Elektroanlagen	386,57	729,85
MPLC-Schirmlizenz	281,27	276,29
Zeitungsabonement	34,65	32,78
Rundfunk- und Fernsehgebühren	11,66	0,00
	<u>14.523,99</u>	<u>13.556,84</u>

P A S S I V A**A. Eigenkapital € 1.354.131,05**

(Vorjahr € 1.263.267,44)

I. Kapitalrücklagen € 951.747,59

(Vorjahr € 951.747,59)

II. Gewinnrücklagen € 402.383,46

(Vorjahr € 311.519,85)

1. Verwendete zweckgebundene Rücklagen € 56.174,55

(Vorjahr € 56.174,55)

2. Betriebsmittelrücklagen € 346.208,91

(Vorjahr € 255.345,30)

Die Betriebsmittelrücklagen zeigen folgende Entwicklung:

	€	€
Stand 01.01.2019		255.345,30
<u>Einstellungen</u>		
periodisch wiederkehrende Ausgaben	90.863,61	90.863,61
		<u>346.208,91</u>

Den Beschluss über die Entnahmen und Einstellungen in Betriebsmittelrücklagen wird das zuständige Organ bei der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 herbeiführen.

B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen
zur Finanzierung des Sachanlagevermögens € 3.398.914,71
(Vorjahr € 3.508.557,75)

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2019	Auflösung	Stand 31.12.2019
	€	€	€
Grundstücke	3.508.557,75	109.643,04	3.398.914,71

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wurde als Gegenposten für alle bezuschussten aktivierten Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gebildet.

Der Sonderposten wird analog zu den Abschreibungen aufgelöst.

C. Rückstellungen € 143.605,00
(Vorjahr € 99.688,00)

sonstige Rückstellungen € 143.605,00
(Vorjahr € 99.688,00)

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2019	Inanspruch- nahme	Ein- stellungen	Ab- zinsung	Stand 31.12.2019
	€	€	€	€	€
Leistungsentgelt gemäß TVöD	23.734,00	23.734,00	36.492,00	0,00	36.492,00
variable Lohnbestandteile	9.050,00	9.050,00	8.500,00	0,00	8.500,00
Urlaubsverpflichtungen	2.302,00	2.302,00	6.041,00	0,00	6.041,00
Mehrstunden	6.727,00	6.727,00	2.738,00	0,00	2.738,00
Prüfungsgebühren	6.000,00	6.000,00	6.000,00	0,00	6.000,00
interne Jahresabschlusskosten	3.255,00	3.255,00	3.354,00	0,00	3.354,00
Altersteilzeit	24.020,00	0,00	37.559,00	1.939,00	59.640,00
Instandhaltung in den ersten drei Monaten Folgejahr	9.600,00	9.600,00	5.840,00	0,00	5.840,00
Nachberechnung Abwasser	15.000,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00
	99.688,00	60.668,00	106.524,00	1.939,00	143.605,00

Die sonstige Rückstellung für Leistungsentgelt gemäß TvöD deckt die Zahlungsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Sozialversicherungsträgern aus den tariflichen Vereinbarungen.

Die Rückstellung für variable Lohnbestandteile betrifft die im Januar 2020 für Dezember 2019 an die Mitarbeiter zu zahlenden Zuschläge - u. a. für Sonn- und Feiertagsdienste.

Die Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen wurde in Höhe des zum 31. Dezember 2019 von Mitarbeitern erworbenen, jedoch noch nicht an Anspruch genommenen Urlaubs von 61 Tagen (Vorjahr 20 Tage) gebildet.

D. Verbindlichkeiten € 58.085,81

(Vorjahr € 36.651,86)

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen € 28.765,63

(Vorjahr € 21.819,84)

Die Verbindlichkeiten sind uns durch Vorlage einer Saldenliste nachgewiesen worden. Saldenbestätigungen wurden nicht eingeholt. Zum Zeitpunkt der Prüfung der Bilanz waren die Verbindlichkeiten im Wesentlichen beglichen.

2. sonstige Verbindlichkeiten € 29.320,18
(Vorjahr € 14.832,02)

Zusammensetzung:

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
<u>Lohnsteuer</u>	15.539,73	12.460,64
<u>Bewohner</u>		
Barverwahrungen	2.023,02	1.539,00
Überzahlung	1.469,27	0,00
Guthaben Heimkosten	293,35	0,00
Doppelzahlung	266,31	0,00
<u>AOK Allgemeine Ortskrankenkasse Sachsen-</u>		
<u>Anhalt</u>		
Leistungsentgeltüberzahlung	2.627,44	211,38
Doppelzahlung Zuschuss	3.649,03	0,00
<u>Barmer</u>		
Leistungsentgeltüberzahlung	820,84	0,00
<u>DAK</u>		
Leistungsentgeltüberzahlung	2.160,95	0,00
<u>Fußpflegesalon</u>		
vereinnehmte Entgelte für Leistungen Dezember	0,00	90,00
<u>Sonstiges</u>	470,24	531,00
	<u>29.320,18</u>	<u>14.832,02</u>

E. Rechnungsabgrenzungsposten € 6.879,57

(Vorjahr € 7.727,10)

Dieser Posten beinhaltet im Voraus erhaltene Heimkosten (€ 6.718,51) und im Voraus erhaltene Miete (€ 161,06).

**B. Erläuterungen zu den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen € 2.140.324,10
(Vorjahr € 2.121.030,90)Zusammensetzung:

	2019	2018	Veränderung
	€	€	€
<u>Erträge aus stationären Pflegeleistungen</u>			
Pflegegrad 2	248.724,99	226.855,49	21.869,50
Pflegegrad 3	629.975,04	608.813,21	21.161,83
Pflegegrad 4	757.824,24	818.958,23	-61.133,99
Pflegegrad 5	296.026,08	277.391,85	18.634,23
Erträge § 43b SGB XI	151.921,13	147.735,00	4.186,13
<u>Erträge aus Kurzzeitpflegeleistungen</u>	55.852,62	41.277,12	14.575,50
	<u>2.140.324,10</u>	<u>2.121.030,90</u>	<u>19.293,20</u>

Die „Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen“ beziehen sich ab 2017 auf Pflegegrade.

Es wird nicht mehr nach Sozialhilfe und Selbstzahler unterschieden.

2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung € 578.353,96
(Vorjahr € 569.107,23)Zusammensetzung:

	2019	2018	Veränderung
	€	€	€
Erträge aus Unterkunft	348.047,55	341.651,47	6.396,08
Erträge aus Verpflegung	230.306,41	227.455,76	2.850,65
	<u>578.353,96</u>	<u>569.107,23</u>	<u>9.246,73</u>

3. Erträge aus gesonderter Berechnung von
Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen € 117.717,50
(Vorjahr € 120.119,29)

Es handelt sich um die den Kostenträgern und Selbstzahlern in Rechnung gestellten Investitionskosten gemäß § 82 Abs. 3 SGB XI. Der Eigenbetrieb hat die zweckentsprechende Verwendung der von den Pflegebedürftigen vereinnahmten Investitionskosten-zuzahlungen ordnungsgemäß nachgewiesen.

4. sonstige betriebliche Erträge € 28.998,82
(Vorjahr € 45.598,58)

Zusammensetzung:

	2019	2018	Veränderung
	€	€	€
Gästeverpflegung	6.694,00	4.715,00	1.979,00
sonstige betriebliche Erträge	5.964,28	5.619,89	344,39
Inkontinenzmaterialpauschalen	735,00	1.295,00	-560,00
Verpflegung Mitarbeiter	1.011,00	1.023,00	-12,00
Erträge Auflösung Rückstellungen	50,00	101,45	-51,45
Mieten und Pachten	214,75	214,75	0,00
Versicherungserstattungen	1.262,74	896,63	366,11
Erstattung Bundesfreiwilligendienst	0,00	550,72	-550,72
Lohnfortzahlungserstattungen	11.130,38	31.182,14	-20.051,76
periodenfremde Erträge	1.936,67	0,00	1.936,67
	<u>28.998,82</u>	<u>45.598,58</u>	<u>-16.599,76</u>

5. Personalaufwand € 2.117.720,46

(Vorjahr € 2.130.448,59)

a) Löhne und Gehälter € 1.719.438,43

(Vorjahr € 1.742.436,01)

	2019	2019	Veränderung
	€	€	€
Löhne und Gehälter	1.730.749,32	1.730.407,07	342,25
Eingliederungsbeihilfe	-22.571,09	0,00	-22.571,09
freiwilliges soziales Jahr	1.960,00	0,00	1.960,00
Aushilfslöhne	5.927,60	7.992,04	-2.064,44
Schülertätigkeit	3.372,60	4.036,90	-664,30
	<u>1.719.438,43</u>	<u>1.742.436,01</u>	<u>-22.997,58</u>

Die Mitarbeiter werden nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TvöD) bezahlt.

b) soziale Abgaben € 398.282,03

(Vorjahr € 388.012,58)

	2019	2018	Veränderung
	€	€	€
Sozialabgaben	330.451,52	320.547,00	9.904,52
Altersversorgung	67.830,51	67.465,58	364,93
	<u>398.282,03</u>	<u>388.012,58</u>	<u>10.269,45</u>

Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung werden durch die Stadt Köthen (Anhalt) ohne Berechnung gegenüber dem Eigenbetrieb abgeführt.

6. Materialaufwand € 455.303,82
(Vorjahr € 459.986,56)

- a) Lebensmittel € 123.689,26
(Vorjahr € 132.261,43)

Hierin enthalten ist Naturaliensatz der Küche.

- b) Aufwendungen für Zusatzleistungen € 13.430,79
(Vorjahr € 12.845,81)

Die Aufwendungen für Zusatzleistungen umfassen:

	2019	2018	Veränderung
	€	€	€
pflegerischer und medizinischer			
Bedarf, ärztliche Leistungen	8.455,16	7.199,48	1.255,68
kulturelle Betreuung	4.734,54	4.701,62	32,92
Beschäftigungstherapie	241,09	944,71	-703,62
	<u>13.430,79</u>	<u>12.845,81</u>	<u>584,98</u>

- c) Wasser, Energie, Brennstoff € 109.938,17
(Vorjahr € 117.011,62)

Zusammensetzung:

	2019	2018	Veränderung
	€	€	€
Wasser und Abwasser	18.136,58	32.669,65	-14.533,07
Elektroenergie	42.475,84	43.901,41	-1.425,57
Fernwärme	48.182,67	39.399,25	8.783,42
Gas	1.143,08	1.041,31	101,77
	<u>109.938,17</u>	<u>117.011,62</u>	<u>-7.073,45</u>

- d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf € 208.245,60
 (Vorjahr € 197.867,70)

Der Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf enthält im Einzelnen:

	2019	2018	Ver- änderung
	€	€	€
Gebäudereinigung durch Fremdbetriebe	92.304,30	87.703,06	4.601,24
Fort- und Weiterbildung	29.601,26	20.592,69	9.008,57
Reinigungs- und Hausverbrauchsmaterial	16.305,03	16.961,90	-656,87
Wäschereinigung, Wäschebeschaffung	11.782,93	14.410,81	-2.627,88
sonstiger Bewirtschaftungsbedarf	4.926,01	9.414,60	-4.488,59
Beratungs- und Prüfungsgebühren	9.239,06	7.968,85	1.270,21
Werbeaufwand	8.205,72	6.992,32	1.213,40
Büromaterial	6.249,24	6.279,12	-29,88
EDV- und Organisationskosten	5.873,98	6.247,94	-373,96
Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.035,51	5.703,01	332,50
Telefongebühren	4.039,80	4.747,61	-707,81
Treib- und Schmierstoffe	1.871,15	2.168,42	-297,27
Repräsentationsaufwand	1.254,79	1.921,26	-666,47
Reisekosten	4.703,49	1.893,20	2.810,29
Porti, Kleinfrachten	1.183,50	1.586,64	-403,14
Gartenpflege	1.575,51	1.115,34	460,17
Beiträge	857,41	853,99	3,42
Bankgebühren	1.664,73	756,94	907,79
Bewirtungskosten	162,20	470,00	-307,80
Spenden	80,00	80,00	0,00
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert	1,00	0,00	1,00
periodenfremde Aufwendungen	328,98	0,00	328,98
	<u>208.245,60</u>	<u>197.867,70</u>	<u>10.377,90</u>

7. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen € 6.017,41
(Vorjahr € 5.871,91)

Die Aufwendungen entstanden für zentrale Dienstleistungen der Lohn- und Gehaltsabrechnung.

8. Steuern, Abgaben, Versicherungen € 31.139,08
(Vorjahr € 30.172,96)

Hierunter werden Aufwendungen ausgewiesen für:

	2019	2018	Ver- änderung
	€	€	€
Abfallgebühren	19.280,35	16.892,87	2.387,48
sonstige Versicherungen	4.764,63	4.680,83	83,80
Gebäudeversicherungen	4.280,66	5.748,16	-1.467,50
Kraftfahrzeugversicherungen	1.266,27	1.322,36	-56,09
sonstige Abgaben, Gebühren und Steuern	1.353,17	1.334,74	18,43
Kraftfahrzeugsteuer	194,00	194,00	0,00
	<u>31.139,08</u>	<u>30.172,96</u>	<u>966,12</u>

9. Mieten, Pacht, Leasing € 9.790,69
(Vorjahr € 11.221,71)

Zusammensetzung:

	2019	2018	Ver- änderung
	€	€	€
Leasingaufwendungen	4.527,33	6.499,68	-1.972,35
DATEV-Nutzungsgebühren	2.766,72	2.782,46	-15,74
Miete der Brandmeldeanlagenaufschaltung	2.428,88	1.909,57	519,31
Miete Stand Flohmarkt Forellenhof	67,76	30,00	37,76
	<u>9.790,69</u>	<u>11.221,71</u>	<u>-1.431,02</u>

10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten
für Zuschüsse zum Anlagevermögen € 109.643,04
(Vorjahr € 109.643,04)
11. Abschreibungen € 175.314,56
(Vorjahr € 144.516,32)
- a) Abschreibungen auf Sachanlagen und
immaterielle Vermögensgegenstände € 175.203,56
(Vorjahr € 144.282,79)
- b) Abschreibungen auf Forderungen € 111,00
(Vorjahr € 233,53)
12. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung € 90.829,53
(Vorjahr € 94.563,24)

Zusammensetzung:

	2019	2018	Ver- änderung
	€	€	€
<u>Instandhaltungen/Reparaturen an</u>			
Außenanlagen	6.336,58	1.114,07	5.222,51
Gebäuden	41.992,29	28.618,71	13.373,58
technischen Anlagen	2.637,10	10.650,36	-8.013,26
Einrichtungen und Ausstattungen ohne			
Fahrzeuge	11.346,19	28.704,50	-17.358,31
Fahrzeugen	900,43	835,65	64,78
Wartungskosten und Kleinmaterial	27.616,94	24.639,95	2.976,99
	<u>90.829,53</u>	<u>94.563,24</u>	<u>-3.733,71</u>

Die Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung minderten sich gegenüber dem Vorjahr um € 3.733,71 (= 3,95 %) auf € 90.829,53.

13. Zinsen und ähnliche Erträge € 1.941,74
(Vorjahr € 886,74)

Zusammensetzung:

	2019	2018	Ver- änderung
	€	€	€
<u>Zinserträge aus</u>			
Termingeldanlagen	2,74	2,74	0,00
Abzinsung Rückstellung Altersteilzeit	1.939,00	884,00	1.055,00
	<u>1.941,74</u>	<u>886,74</u>	<u>1.055,00</u>

14. Jahresüberschuss € 90.863,61
(Vorjahr € 89.604,49)

Der Jahresüberschuss ergibt sich aus der Darstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019.

15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen
aus Betriebsmittlrücklagen € 0,00
(Vorjahr € 0,00)
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen
in Betriebsmittlrücklagen € 90.863,61
(Vorjahr € 89.604,49)
17. Bilanzgewinn € 0,00
(Vorjahr € 0,00)

**Fragenkatalog
zur Prüfung
der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und
der wirtschaftlichen Verhältnisse
nach § 53 HGrG
für das Jahr 2019**

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. <u>Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation</u>	2
Fragenkreis	
1 Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge	2
II. <u>Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums</u>	3
Fragenkreis	
2 Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen	3
3 Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling	5
4 Risikofrüherkennungssystem	7
5 Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate	8
6 Interne Revision	8
III. <u>Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit</u>	9
Fragenkreis	
7 Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans	9
8 Durchführung von Investitionen	10
9 Vergaberegelungen	11
10 Berichterstattung an das Überwachungsorgan	11
IV. <u>Vermögens- und Finanzlage</u>	13
Fragenkreis	
11 Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven	13
12 Finanzierung	14
13 Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung	14
V. <u>Ertragslage</u>	15
Fragenkreis	
14 Rentabilität/Wirtschaftlichkeit	15
15 Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen	16
16 Ursachen des Jahresfehlbetrags und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage	16

**Fragenkatalog und Feststellungen
zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und
der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
für das Wirtschaftsjahr 2019**

I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

**Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung
sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Regelungen hierzu trifft die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb. Durch den Heimausschuss werden die Aufgaben, die in der Gemeindeordnung und im Eigenbetriebsgesetz für Aufsichtsorgane festgeschrieben sind, wahrgenommen. Die Regelungen sind für die Größe des Eigenbetriebs ausreichend.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden an folgenden Terminen Sitzungen des Heimausschusses statt:

16. März 2019
8. Oktober 2019
14. November 2019.

Niederschriften darüber wurden erstellt und lagen uns vor.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Heimleitung ist in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Angaben über die Vergütung werden gemäß § 286 Abs. 4 HGB nicht dargestellt, da sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines einzelnen Mitglieds feststellen lassen.

Die Heimleiterin ist über einen Arbeitsvertrag angestellt; die Vergütung erfolgt auf der Grundlage des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Der Heimausschuss erhält weder Auslagenersatz noch anderweitige Vergütungen vom Eigenbetrieb. Somit entfällt die Darstellung im Anhang.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Aufgrund der überschaubaren Größe der Einrichtung ist ein Organisationsplan im eigentlichen Sinne nicht erforderlich. Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse regelt die Betriebssatzung in ausreichendem Umfang. Weitere Grundlage für die Betriebsorganisation ist das Qualitätsmanagementhandbuch.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein, es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Arbeitsvertragliche Verpflichtungen aller Mitarbeiter zu Ablehnung von personengebundenen Geschenken liegen vor.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Richtlinien ergeben sich im Wesentlichen aus der Satzung des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“ und aus den Stellenbeschreibungen bzw. Dienstanweisungen des Eigenbetriebes der Stadt Köthen (Anhalt). Die Einhaltung ist sichergestellt. Entscheidungsprozesse von Bedeutung werden vorab in den Sitzungen des Ausschusses bzw. in den Wirtschaftsplänen geregelt und beschlossen.

Des Weiteren gibt es Stellenbeschreibungen.

Anhaltspunkte zur Nichteinhaltung der Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen haben sich im Laufe der Prüfung nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Wichtige Verträge, wie Werks- und Lieferverträge, sind in geeigneter Form abgelegt und übersichtlich gegliedert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Eigenbetriebs?

Der konkrete Planungshorizont ist stets das Kalenderjahr. Der Wirtschaftsplan wird auf realistischen Grundlagen aufgebaut und bei unvorhersehbaren drastischen Abweichungen zum tatsächlichen Ist fortgeschrieben. Plan-Ist-Vergleiche werden von der Heimleitung kontinuierlich im Jahr vorgenommen.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Plan-Ist-Vergleiche werden durch die Heimleitung ausgewertet und ggf. notwendige Maßnahmen sofort eingeleitet.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Finanz- und Anlagenbuchhaltung werden EDV-gestützt im Eigenbetrieb geführt und die Zugriffsberechtigungen durch entsprechende Passwörter geschützt. Anerkannte Regeln werden laut Vorgabe berücksichtigt und angewendet. Die Lohnabrechnung erfolgt durch einen externen Anbieter. Der Eigenbetrieb stellt hierzu die Personalstammdaten und die monatlichen Angaben zu den variablen Lohnbestandteilen zur Verfügung. Die Finanzbuchhaltung ist entsprechend den Vorschriften der PBV aufgebaut und übersichtlich gegliedert. Das Belegwesen ist ordnungsgemäß und das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung erfüllt die Anforderungen nach Gesetz, Satzung und Wirtschaftlichkeit.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Eine tagesaktuelle Liquiditätskontrolle erfolgt durch Einsicht in den Kontenstand und in die Kontenbewegungen.

Ansonsten ist die Frage unzutreffend, da keine Kredite vorhanden sind.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten werden?

Zu dem Finanzmanagement gehört kein zentrales Cash-Management-System.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Rechnungslegung erfolgt zeitnah. Die Bewohner-Eigenanteile werden weitestgehend über das Lastschriftverfahren eingezogen. Pflegekassen zahlen in der Regel innerhalb von 6 Wochen nach Rechnungslegung. Das Mahnwesen bezüglich ausstehender Leistungsentgelte durch die Pflegekassen obliegt der Finanzbuchhaltung und ist angemessen.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Aufgrund der Größe des Eigenbetriebs ist kein Controlling im eigentlichen Sinne installiert; Kennziffernanalyse, Plan-Ist-Vergleiche, Stellenplanung usw. werden von der Heimleitung wahrgenommen. Die Heimleitung nimmt monatlich einmal an der Dienstberatung der Amtsleiter im Dezernat 3 teil und führt selbst im Abstand von 2 Monaten Dienstberatungen mit den Abteilungsleitern der Bereiche Pflegedienst, Hauswirtschaftsleitung, Küchenleitung, Wohnbereichsleitung und Ergotherapie durch. Protokolle werden immer angefertigt. Wöchentlich finden Beratungen mit den Abteilungsleitern der Bereiche Pflegedienst, Hauswirtschaft und Küchenleitung statt.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Tochterunternehmen bzw. Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht, existieren nicht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Es erfolgt eine ständige Überwachung der Kapazitätsauslastung, um Einnahmenverluste entgegenwirken zu können, sowie die Prüfung des notwendigen Personaleinsatzes zur Kontrolle des Hauptkostenfaktors Löhne und Gehälter. Die Heimleitung unterrichtet den Heimausschuss regelmäßig in schriftlicher Form über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Ja, diese Maßnahmen reichen aus und sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Dokumentation der Überwachung der wirtschaftlichen Situation (vgl. Aussagen unter a)) erfolgen EDV-gestützt über MS Excel. Die Auswertungen reichen von der Gegenüberstellung des Personalschlüssels aufgrund der Pflegestufensituation im Soll und Ist über Vermögensplan-Soll-Ist-Vergleiche bis hin zur Prognoserechnung auf den 31.12. eines jeden Jahres. Mehrjahresvergleiche sind ebenfalls vorhanden. Die Dokumentation ist für die Betriebsführung und -überwachung ausreichend.

- d) Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Nach unseren Feststellungen und den uns gegebenen Auskünften werden die Frühwarnsignale ständig auf Aktualität überprüft und die Überwachungsmaßnahmen kontinuierlich durchgeführt. Es erfolgt eine ständige Marktbeobachtung in Bezug auf Konkurrenzsituation in Köthen (Anhalt).

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten festgelegt? Dazu gehört:

Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?

Dieser Fragenkreis entfällt, da solche Finanzinstrumente beim Eigenbetrieb nicht eingesetzt werden.

Fragenkreis 6: Interne Revision

Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzern entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine Innenrevision besteht nicht und ist in Bezug auf die Größe des Eigenbetriebes nicht erforderlich. Prüfungen werden durch das Rechnungsprüfungsamt Köthen (Anhalt) wahrgenommen. Darüber hinaus werden interne Kontrollaufgaben der Heimleiterin erfüllt.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit**Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Nein. Ausschreibungspflichtige Leistungsvergaben werden grundsätzlich ordnungsgemäß ausgeschrieben und durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köthen (Anhalt) geprüft. Die übrige Auftragsvergabe erfolgte im Umfang der Regelungen in der Betriebssatzung.

Im Jahr 2019 gab es keine zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder des Betriebs oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite an die Mitglieder des Eigenbetriebes oder des Überwachungsorgans gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen der Prüfung sind uns keine Geschäfte bekannt geworden, die nicht in Übereinstimmung mit Gesetz, Satzung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans stehen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Es erfolgten lediglich betriebsnotwendige Ersatzbeschaffungen. Ansonsten gelten immer die durch den Heimausschuss beschlossenen Investitionspläne.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Preisermittlung nicht ausreichend war.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Investitionen erfolgen im Rahmen des genehmigten Haushalts- und Investitionsplans. Veränderungen werden durch die Heimleitung dem Heimausschuss schriftlich mitgeteilt.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Die für 2019 geplante Investitionssumme betrug € 117.533,00; die tatsächlich getätigten Investitionen belaufen sich auf € 80.612,56.

Die Unterschreitung der geplanten Investitionen resultiert im Wesentlichen aus der zeitlichen Verschiebung der Erneuerung der Pflegebadewannen.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein, es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben. Es liegen keine Kreditverbindlichkeiten vor, auch Leasingverträge wurden nicht nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegeln.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Es werden grundsätzlich Vergleichsangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Berichterstattungen über die finanzielle Situation und die Auslastungssituation erfolgen regelmäßig in den Heimausschusssitzungen durch die Heimleitung.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Unseres Erachtens vermitteln die Informationen einen zutreffenden Eindruck von der Situation des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim Am Lutzepark“.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Es liegen keine ungewöhnlichen, risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle vor. Der Heimausschuss wurde regelmäßig über den Stand der Entgeltsatzverhandlungen mit den Kostenträgern informiert.

- d) Zu welchen Themen hat die Betriebs-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Die Heimleitung berichtete dem Heimausschuss im Wesentlichen zu folgenden Themen:

- Wirtschaftsplan für 2020
- Feststellung Jahresabschluss 2018
- Wahl des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss zum 31.12.2019
- wirtschaftliche Entwicklung des Pflegeheims (Quartalsberichte).

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Derartige Vorgänge sind uns nicht bekannt.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung wurde vom Eigenbetrieb nicht abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Interessenkonflikte sind bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

IV. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein, nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht in wesentlichem Umfang nicht.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein, auffallend hohe oder niedrige Bestände an Vermögensgegenständen bestehen nicht.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Hierzu lagen uns keine Anhaltspunkte vor.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Der Eigenkapitalanteil beträgt 27,3 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Sachanlagevermögen beträgt der Eigenkapitalanteil 95,8 %.

Am Abschlussstichtag bestanden keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Frage ist nicht einschlägig, da der Eigenbetrieb kein Konzern ist.

- c) In welchem Umfang hat der Eigenbetrieb Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Frage ist unzutreffend, da das Pflegeheim im Berichtszeitraum keine Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten hat.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Zum 31. Dezember 2019 und im Prüfungszeitraum bestanden keine Finanzierungsprobleme. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2019 ist eine weitere Verbesserung der Finanzlage eingetreten.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresüberschuss 2019 ist vorbehaltlich des Beschlusses des zuständigen Organs in Betriebsmittelrücklagen zur Finanzierung von Betriebsaufwendungen des Pflegeheims eingestellt.

Der Gewinnverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes vereinbar.

V. Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Aufgrund der Größe des Eigenbetriebs erfolgte keine Segmentierung.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass derartige Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Nicht für den Eigenbetrieb zutreffend.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Besondere verlustbringende Geschäfte gab es nicht.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Nicht zutreffend, da ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden konnte.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Nicht für den Eigenbetrieb zutreffend (siehe Fragenkreis 15 a).

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Zur Ertragslage verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Allgemeine Auftragsbedingungen